

Antrag

Initiator*innen: CampusLINKE (dort beschlossen am: 22.05.2026)

Titel: **Gegen Werbung für die Bundeswehr an unserer Universität**

Antragstext

1 Das Studierendenparlament beschließe den Studentischen Sprecher*innenrat und die
2 gewählten Vertreter*innen des Studierendenparlaments erneut zu beauftragen, sich
3 vor der Universitätsleitung und dem Studierendenwerk gegen die Werbung von
4 universitätsexternen Betreibern einzusetzen. Insbesondere gegen die aktuelle
5 Werbung zu dem dualen Studium bei der Bundeswehr oder ähnlichen Werbungen die
6 direkt mit Krieg assoziiert werden können.

Begründung

Neuer Dings wird in der Mensa Hubland Süd regelmäßig Werbung zum dualen Studium bei der Bundeswehr auf den Bildschirmen geteilt. Wir hatten bereits beschlossen, dass wir uniexterne Werbung nicht gut finden und selbst wenn es um ein duales Studium geht, sehen wir nicht den Bezug zu unserer eigenen Universität als gegeben.

Wir stufen die großangelegte Werbung für die Bundeswehr als kritisch ein, weil es die Realität und die allgemeine Wahrnehmung von Krieg verzerrt. Dagegen wollen wir uns unbedingt stellen und dagegen vorgehen.

Hinzu kommt, dass wir auch Studis aus anderen Ländern an unserer Universität lehren, die vielleicht schlechte Erfahrungen mit Krieg gemacht haben und durch solche Werbung getriggert werden könnten.

Wir wollen ebenso kein Teil der fortschreitenden Militarisierung Deutschlands sein, welche ein Aufkochen internationaler Spannungen anregt, und die Aufrüstungspolitik anderer Staaten und Akteure befeuert. Die

Entscheidung der Bundesregierung Aufrüstungspolitik zu betreiben, sehen wir als fatalen Fehler, da Deutschland dadurch die Aufrüstungsspirale befeuert.

Des Weiteren soll künftig ein Musterungszentrum in Würzburg entstehen, dagegen wollen und müssen wir uns ebenfalls öffentlich aussprechen und damit klar gegen solche Strukturen in unserer Stadt und Universität, die Kriege befeuern, aussprechen.

<https://www.bundeswehr.de/de/menschen-karrieren/neuer-wehrdienst/musterung/musterungszentren>

Anzufügen ist hier auch der Antrag von Daniel Janke: Würzburg, 6. November 2014 „Kein Platz für's Militär!“ im Studierenden Parlament Würzburg.